

Thomas Meyer

50 Jahre Godesberg: Wohin nun SPD?

Ein Blick zurück nach vorn

Eine alte Legende

Nun wird die alte Legende, die Sozialdemokratie sei am Ende, entweder überhaupt oder als Volkspartei, wieder reichlich gepöppelt. Doch nicht nur der deutschen, der ganzen europäischen Sozialdemokratie ist seit Dahrendorfs Todesgruß von 1983 in jeder Schwächephase aufs Neue der historische Exit prophezeit worden, triumphal oder achselzuckend, mitunter auch mit dem höhnisch nachgereichten Bedauern: schade eigentlich. Fakt jedoch war bisher, dass sie sich jedes Mal bald wieder vom Krankenlager erhob und in den meisten Ländern Europas dann auch erfolgreich regierte. Dass dies vermutlich auch diesmal möglich bleibt, ist freilich noch keine Garantie des Gelingens. Der Fall liegt inzwischen anders, zumal in Deutschland, wo allzu viele, der Hauptstrom der Medien voran, Gefallen am unentwegten Läuten des Sterbeglöckleins gefunden haben.

Man muss ja beileibe kein Verehrer der SPD sein, um zu sehen, dass das Wahlergebnis vom 27. September unverdient ist. Ihr Programm und ihre Leistungen halten der Konkurrenz stand und was die Große Koalition Gutes getan hat, kam hauptsächlich von ihr. Nur eben, solche Feststellungen nützen nichts. Die Partei konnte es nicht vermitteln. Und: Wähler müssen sich nicht rechtfertigen. Allenfalls sollten sich die neubürgerlich saturierten Journalisten der Republik ein paar Fragen stellen, am besten selbst, die das angeödete Weghöhnen der Sozialdemokratie zu einer Art Massensport der Profession gemacht haben. Aber auch diese Spur führt für die Praxis nicht weiter.

Woher also das historische Desaster? Ein erster Fingerzeig ist die Tatsache, dass



Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?* und *Soziale Demokratie. Eine Einführung*.

thomas.meyer@fes.de

der SPD in alle politischen Himmelsrichtungen etwa gleichviel, in die vorsätzliche Wahlenthaltung aber nahezu doppelt so viele ehemalige Wähler als zu jeder anderen Partei davon gelaufen sind. Das lässt nur einen Schluss zu: Es ist nicht in erster Linie ein Richtungsproblem, das die SPD plagt, sondern ein Mangel an Glaubwürdigkeit. Daher gilt: Patentrezepte, nach dem Motto, nun rasch nach links oder rechts gerückt, heilen das eigentliche Gebrechen nicht. Sie könnten es leicht verschlimmern.

Bedingungen der Erneuerung

Woher kam dieser Glaubwürdigkeitsverlust und woher kann die Gesundung kommen? Drei Fakten können als Orientierungsmarken der fälligen Neubesinnung dienen. Erstens: Das Projekt einer sozialen Demokratie ist weiterhin überall in Europa mehrheitsfähig, das zeigt die empirische Einstellungsforschung eindeutig. Und es findet keine verlässlicheren Anwälte als die Sozialdemokraten. Zweitens: Dessen ungeachtet sind die Parteien, die für dieses Projekt stehen, nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen europäischen Ländern, in vergleichbarem Ausmaß notleidend geworden. Überall dividieren sich nun die potenziellen Mitglieder und Wähler der klassischen Sozialdemokratie in dreifacher

Weise auseinander: Sozialdemokraten, Linke und Grüne. Und Drittens: Am deutschen Beispiel zeigen sich einige wichtige Gründe dafür.

Die Hauptursache ist Enttäuschung. Die klassische Sozialdemokratie hatte sich ja immer in einem zentralen Punkt von allen anderen Parteien unterscheiden wollen. Sie beanspruchte etwas anderes zu sein als nur eine Interessengruppe, nämlich das sozialmoralische Gewissen der ganzen Gesellschaft. Sie stand für die gleichwertige soziale Zugehörigkeit aller ein. Das führte ihr auf einer langen historischen Wegstrecke im Innern enorme Energien des Kampfes und Zusammenhalts zu und von außen immer mehr Vertrauen und Stimmen. Es bewirkte aber stets auch eine überspannte Erwartungshaltung, die durch die realen Möglichkeiten des Regierens zu keiner Zeit ganz eingelöst werden konnte. Gegenwärtig trägt das Scheitern dieses großen Anspruchs zu der einzigartigen Fallhöhe der Sozialdemokraten in den Wahlergebnissen bei und hat bei Mitgliedern, Wählern und Beobachtern eine Enttäuschungsspirale nach unten ausgelöst, die von wichtigen Medien kräftig in Schwung gehalten wird.

Es waren die Glaubwürdigkeit ihres Auftretens, die Substanz ihrer Programme, die Verlässlichkeit ihrer Amtsträger und oft

auch das Format ihrer Führungspersonen, die Sozialdemokraten bis vor Kurzem überall in Europa zu dauernden Anwärtern auf die Regierungsführung machten. Solange diese Kräfte wirkten, konnten selbst ernsthafte Rivalitäten an der Spitze – legendär die nie endenden Stellungskriege der Troika Schmidt, Brandt, Wehner – die Partei nach innen nicht entmutigen und nach außen nicht ins Zwielicht rücken.

In Deutschland war es die keineswegs unbegründete, aber einseitig gemachte und nachlässig vermittelte Austeritätspolitik der sozialdemokratisch geführten Regierung seit 2001, die das sozial-moralische Wächteramt lädierte. Plötzlich erschien die Sozialdemokratie vielen, von ganz unten bis hinauf ins Herz der sozialen Mitte, nicht mehr als der unbeugsame Garant dafür, dass niemand unverschuldet in die soziale Deklassierung abstürzen kann. Es ist schon wahr, die meisten Bausteine der Agenda 2010 lassen sich ökonomisch und sogar sozialpolitisch plausibel begründen, aber eben nicht alle. Und: Eine sozialdemokratische Begründung ist ausgeblieben. Dies, die soziale Schiefelage der verlangten Opfer und die unverhoffte Tiefe des neuen Absturzrisikos bei vielen Kernwählern – unten und durchaus auch in der Mitte – haben einen verheerenden Eindruck hinterlassen: Auch auf diese Partei ist im Ernstfall kein Ver-

lass. Die Grenze scheint verwischt zu jenen bürgerlichen Parteien, die ja auch für einen gewissen sozialen Schutz eintreten, aber nur unter günstigen Bedingungen.

Das hat die Wahrnehmung der Sozialdemokratie verändert. Die Anziehungs- und Bindekräfte sind geschwächt, die sie nicht nur gegenüber den kleinen und mittleren Arbeitnehmern, sondern auch den sozial orientierten Dienstleistungs-, Bildungs- und Kulturmilieus der oberen Mittelschicht ausüben konnte. Das lässt den durch die inzwischen verabschiedeten Programme der Partei in der Substanz durchaus gedeckten Anspruch so gut wie ganz verblassen, über einen Politikentwurf zu verfügen, der soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Fortschritt und ökologische Zukunftsfähigkeit plausibler miteinander verbindet als dies die politische Konkurrenz vermag. Ohnehin, Programme allein zählen wenig.

Von der Brandt-SPD lernen

Hamburger Programm, Wahlprogramm und Deutschlandplan der SPD zielen alle in Richtung einer Nach-Agenda-Politik, die ökologisches Wirtschaftswachstum und sozialen Ausgleich angemessen verbindet. Wahrscheinlich müssen weitere Korrekturen, real und symbolisch, hinzukommen, um wieder glaubhaft zu machen, dass die Sozialdemokratie das politische Bündnis zwischen der solidarischen Mitte und dem sozialen Unten der Gesellschaft nicht nur will, sondern ist. Aus den Erfolgen der Brandt-SPD lässt sich aber lernen: Ein solches Bündnis lebt nicht von guten Programmen allein, es muss auf vier Säulen ruhen: ein handlungsorientierter Politikentwurf, der die Interessen von Mitte und Unten zukunftsfähig bündelt und dabei die ganze Gesellschaft mitnimmt; eine Partei, die daran glaubt; eine Kommunikation, die es überzeugend macht und eine Führung, die das nicht nur mitteilt, sondern verkör-

pert. Gewiss, das ist viel, aber für sehr viel weniger dürfte die Genesung des Patienten nicht zu haben sein.

Wo liegen, daran gemessen, heute die Defizite? Auf dem Papier hat die SPD die Rolle der Diskursführerschaft im Vergleich zu ihrem Konkurrenten keineswegs verloren. Die genannten Programme sind nicht allzu weit vom Wünschenswerten entfernt. Sie verbinden die drei politischen Zielmarken auf die es ankommt, Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit durchaus konkret, während die politischen Konkurrenten auf fragwürdige Weise jeweils einer von ihr den Vorrang geben. Wichtige Korrekturen der sozialen Schieflage der Agenda-Politik sind darin enthalten: in der Steuer-, der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik. Was fehlt, ist offenbar die Überzeugungskraft der Botschaft und die Glaubwürdigkeit im Handeln. An beidem muss die neue Führung vor allem arbeiten. Sie muss die symbolische Botschaft der Sozialdemokratie zwischen der an der Oberfläche sozial gewendeten rechten Mitte und einer Linken, die sich in der Hauptsache als Protestverstärker versteht, glaubhaft erneuern. Diese Aufgabe betrifft beides: die politische Identität und die Machtperspektive der Sozialdemokratie.

Soziale Modernisierung

Der Globalisierungsschock hat drei Wege sozialdemokratischer Modernisierungspolitik eröffnet: den liberalen, den technokratischen und den sozialen. Liberal war der Dritte Weg von Tony Blair, innovativ im Design und durchaus auch sozial reflektiert. Er hat die aktuelle soziale Klassenfrage aber im Kern verdrängt und sich ebendarum mit deren erneutem Aufleben überholt. Technokratisch war der Weg der Agenda 2010 – freilich nur zum Teil in ihrer Substanz – weil sie das Notwendige nicht verteilungspolitisch begründen konnte. Sie verstand es auch nicht, ihren schmerzhaft-

ten Kern auf anerkennungsfähige soziale Ziele zu beziehen, die ihr Legitimation und Zustimmung verschafft hätten, obwohl sie in der Sache ja tatsächlich zur Überwindung der Ausgrenzungen durch Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Sozial ist der skandinavische Weg der Modernisierung. Alle Reformen, schmerzhaft Einschnitte inbegriffen, dienen dem Ziel, die soziale Inklusion zu sichern, also die Klassen-spaltung, die Teilhaber und Ausgeschlossene produziert, gerade auch in Zeiten der Globalisierung dauerhaft zu überwinden; durch gleiche Bildungschancen, hohe soziale Sicherungsstandards sowie eine innovative Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Sie ist, wie alle Indikatoren zeigen, die erfolgreichste Variante. Daher gelingt den Sozialdemokratien des Nordens auch die politische Selbstbehauptung.

Es ist dieser Weg einer sozialen Modernisierung, den auch unser Land braucht und den es will. Sie federt den schmerzhaften Teil der Sozialstaatsreform (Teil I), der Sicherung und Chancengleichheit auch unter den Bedingungen demografischen Wandels und globalen Systemwettbewerbs zukunftsfest macht, verteilungspolitisch ab (Teil II) und bezieht ihn auf jenen anderen Teil, der die aktuelle Soziaklassenteilung auf ganzer Linie überwindet (Teil III). Durch wirkliche Bildungschancengleichheit, das Ende der Klassenmedizin, gerechte Erbschafts- und Vermögenssteuern sowie eine gleichberechtigte Alterssicherung – und, jetzt erst recht, durch eine dauerhafte demokratische Zähmung des unglückseligen Finanzmarktkapitalismus. Gewiss, ein Programm für mehr als eine Legislaturperiode. Aber eine Perspektive, für die der Einsatz lohnt – und gedankt würde. Das könnte ein Verständnis von vorsorgendem Sozialstaat sein, das mitreißt – politisch, ethisch und warum nicht auch emotional. Und, es ist ein Angebot für beide: die verantwortliche Mitte und die soziale Unterschicht. Im Übrigen ist den skandinavischen Parteien die pragmati-

sche Zusammenarbeit mit ihren jeweiligen Linksparteien nicht fremd und zwar ohne dass sie dabei zur Ader gelassen würden.

Das Programm einer sozial-ökologischen Modernisierung verbindet wirtschaftlichen Fortschritt, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Es schafft die identitätspolitische Klärung für neues Vertrauen. Zur Rückgewinnung der Unterstützung der Unterklasse würde zusätzlich eine neue Arbeits- und Sozialpolitik beitragen, die sich nicht in der Einladung zu vermehrten Bildungsanstrengungen erschöpft. Diese erscheint vielen schlecht Qualifizierten vielmehr eher als bloße Rechtfertigung ihres fortbestehenden Ausschlusses aus der Gesellschaft. Was helfen könnte, wäre eine Beschäftigungspolitik für sie, die sofort greift, und Einkommen schafft, von dem sich leben lässt, notfalls durch kreative Kombilöhne, die nicht zum Missbrauch einladen.

Die machtpolitische Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik muss freilich hinzutreten. Sie kann nach Lage der Dinge nur in einer in sich glaubhaften Doppelstrategie bestehen. Teil I: soviel Zugewinn in der Mitte und Unten wie identitätspolitisch möglich. Und vor allem: Keinen Millimeter Schonraum für die Konkurrenten links und in der Mitte fahrlässig preisgeben. Teil II: auf dieser Basis Öffnung auch, aber nicht nur, für politische Bündnisse Mitte-Links, sobald die anderen Mitspieler können und wollen.

Identitätspolitische und machtpolitische Erneuerung sind zwei Seiten derselben Medaille. Ihre Chancen sind für die SPD allemal größer als ihre Risiken. Vor allem dann, wenn beide nicht bloß als ein neues Manöver von oben, sondern als Projekt einer danach dürstenden Partei angelegt werden. Dabei muss die SPD offenbar eine alte Balance neu einüben, die ihren historischen Erfolg einst ermöglichte. Es ist die zwischen Prinzipientreue, Realismus im Handeln und Mehrheitsfähigkeit ihrer Politik.